Abendausgabe

Nr. 523 ♦ 41. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 262

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

Mittwoch
5. November 1924

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Coolidge wiedergewählt.

Mit mehr als Zweidrittelmehrheit. — 4 Millionen Stimmen für Lafollette.

New York, 5. November. (TU.) Nach den letzten zuverlässigen Schätzungen ergibt sich nunmehr folgendes Bild: 371 Wahlmännerstimmen entfielen auf Coolidge, 16 auf Lafollette und 144 auf Davis. Lafollette hat, wie seine Anhänger versichern, durchaus nicht so ungünstig abgeschlossen, als es den Anschein hat. Denn nach der amerikanischen Verfassung treten die Staaten als Ganzes auf und es sind daher oft sehr starke Minoritäten, die Lafollette in vielen Staaten eroberte, nicht berücksichtigt worden. In vielen Staaten erreichten die Gegner Lafollettes nur einen knappen Sieg, die progressive Partei ist daher nach wie vor entschlossen, sich als dritte Partei zu behaupten und vorläufig im Kongreß sowohl wie im Senat aufzutreten.

Der neue Senat setzt sich wie folgt zusammen: 43 Demokraten, 48 Republikaner und 4 Progressisten.

New York, 5. November. (TU.) Nach den letzten Berichten belaufen sich die Gesamtstimmen für Coolidge auf 18 Millionen, Davis 8 Millionen und Lafollette 4 Millionen.

•

Ein endgültiges und offizielles Resultat der gestrigen Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten liegt zwar noch nicht vor, aber alle bisherigen Meldungen lauten übereinstimmend dahin, daß die Republikaner einen sicheren Sieg davongetragen haben. Gewisse Erfahrungen sollten zwar zur Vorsicht bei der Stellungnahme gegenüber solchen inoffiziellen Abstimmungsergebnissen mahnen: Man entsinnt sich wohl des Possenspiels anläßlich der Präsidentenwahl während des Weltkrieges im November 1916: Damals wurde zunächst der Sieg des Republikaners Hughes gemeldet, und alle Blätter Europas, gleichviel welchem kriegführenden Lager sie angehörten, feierten in ihren Leitartikeln die Wahl Hughes' als einen Sieg der eigenen Sache und überfluteten den unterlegenen Demokraten Wilson mit Spott und Hohn. Vierundzwanzig Stunden später aber hatte sich das Blatt gewendet und eine genaue Nachzählung ergab eine geringe Majorität für Wilson. Jetzt erklangen die Loblieder in Paris und in Berlin, in London und in Wien zu Ehren Woodrow Wilsons, während Hughes allgemein als ein schlechter Kerl bezeichnet wurde.

Diesmal scheint allerdings die Möglichkeit einer solchen nachträglichen Ueberraschung kaum vorhanden zu sein, da nach der obigen, kurz vor Schluß des Blattes eingetroffenen Meldung, Coolidge nicht nur die notwendige absolute, sondern sogar eine Zweidrittelmehrheit erreicht hat.

Die Wiederwahl Coolidges bedeutet in außenpolitischer Hinsicht die Fortsetzung des bisherigen Kurses der Vereinigten Staaten: weitere strikte Ablehnung des Eintritts in den Völkerbund, doch keine grundsätzliche und schroffe Feindschaft gegenüber den mit dem Völkerbund zusammenhängenden Institutionen. In dieser Hinsicht hat sich die Stimmung auch im republikanischen Lager in den letzten zwei Jahren etwas gewandelt. Man erblickt in dem Völkerbund als solchen eine rein europäische Angelegenheit, der man sich, entsprechend der Monroe-Lehre fernhalten müsse, dem Internationalen Staatsgerichtshof aber, dessen Mitglieder durch den Völkerbund ernannt wurden, ist Amerika beigetreten und es ist auch Stimmung dafür vorhanden, dem Internationalen Arbeitsamte beizutreten. Im übrigen geht die Politik der amerikanischen Regierung immer mehr dahin, sich auf allen Konferenzen und bei allen Institutionen, die vornehmlich europäischen Charakter tragen, durch mehr oder minder inoffizielle „Beobachter" vertreten zu lassen.

Diese Ablehnung des Völkerbundes schließt jedoch eine zunehmende Wiederkehr des Interesses für die europäischen Angelegenheiten, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht, aber in natürlichem Zusammenhang damit auch in politischer Hinsicht, keineswegs aus. Die allgemeine Europamüdigkeit, in deren Zeichen die Präsidentenwahl vom November 1920 erfolgte und mit einem überwältigenden Siege von Harding über Cox endete, ist allmählich gewichen. Amerika hat erkannt, daß es sich den Luxus einer gänzlichen Fernhaltung von Europa und einer absoluten Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Entwicklung auf dem alten Kontinent nicht leisten kann, ohne in gefährliche wirtschaftliche Mitleidenschaft gezogen zu werden. Daher die aktive Beteiligung der Regierung der Vereinigten Staaten an dem wirtschaftlichen Sanierungsplan Europas durch das Sachverständigengutachten, dessen Idee zum ersten Male vom Staatssekretär Hughes in einer Rede in Newhaven im Dezember 1922 ausgesprochen und von dem General Dawes in die Tat umgesetzt wurde.

Die Wahl des General Dawes zum republikanischen Vizepräsidenten ist die beste Bürgschaft für die Absicht Coolidges und der Republikanischen Partei, diesen Kurs weiterzuführen. Das soll uns aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß das Interesse der Bürger der Vereinigten Staaten in außenpolitischer Hinsicht für die Frage des Stillen Ozeans (Beziehungen zu Japan, Einwanderungsfrage) und für die Zustände in Mexiko (Petroleumfelder!) weit größer ist als für die Liquidierung des Ruhrkonfliktes oder für andere europäische oder kleinasiatische Probleme.

Was uns Sozialdemokraten bei dieser Wahl von vornherein am meisten interessierte, war das Abschneiden der neuen Fortschrittspartei, der Partei Lafollettes. In Ermangelung endgültiger Ergebnisse läßt sich ein sicheres Urteil darüber zurzeit noch nicht abgeben. Wenn es aber richtig ist, daß Lafollette bereits 4 Millionen Stimmen erhalten hat, so ist dies ein beträchtlicher Erfolg, zumal wenn man bedenkt, daß dies der erste Versuch der Arbeiterorganisationen war, aktiv und selbständig in den Kampf um die Präsidentschaft einzutreten. Man müßte darin ein Symptom dafür erblicken, daß sich in Amerika ungefähr die gleiche Entwicklung vollziehen wird, die bei den neuesten Wahlen zum englischen Unterhaus so deutlich in die Erscheinung getreten ist: die amerikanische Arbeiterpartei, in diesem Fall die Partei Lafollettes, drückt die Partei des bürgerlichen Liberalismus immer mehr an die Wand, nimmt ihre Stellung als führende Fortschrittspartei ein und nimmt den Kampf zunächst gegen die Auswüchse des Kapitalismus, sodann gegen den Kapitalismus selbst allein auf.

Am wichtigsten ist in dieser Hinsicht die Frage, in welcher Stärke die neue Partei nach den gestrigen Wahlergebnissen im Kongreß vertreten sein wird. Das läßt sich zur Stunde natürlich noch nicht feststellen. Im letzten Abgeordnetenhaus war die Arbeiterschaft nur durch einen einzigen Sozialisten, Victor Berger, für den Staat Wisconsin und durch einen Abgeordneten der neuen Farmer- und Arbeiterpartei vertreten. Sozialisten, Farmer- und Arbeiterpartei haben sich jetzt mit fortschrittlich gesinnten Elementen aus den beiden bürgerlichen Parteien zusammengetan, und sie dürften nunmehr eine weit stärkere Vertretung im Washingtoner Parlament erlangt haben. Angesichts der zum Teil sehr strengen Bestimmungen der amerikanischen Verfassung, die für viele Gesetze eine Zweidrittelmehrheit erheischt, ist es manchmal einer nur kleinen Partei möglich, zu großem politischem Einfluß zu gelangen, indem sie das Zünglein an der Wage bildet. Selbst wenn die Partei Lafollettes auch nur dieses Resultat erreicht hätte, so wäre dies nicht nur ein verheißungsvoller Anfang, sondern sogar ein großer Erfolg.

Demokratensieg in New York.

New York, 5. November. (Kabeldienst der TU.) Den Wahlkampf um den Gouverneurposten hat Smith gegen den jungen Roosevelt gewonnen. Als das Ergebnis bekannt wurde, brannten die Bewohner des Ostens von New York auf den Plätzen Feuerwerke ab. Junge Italiener veranstalteten unter Vorantritt von Musikkapellen Demonstrationszüge, in denen Bilder Smiths mitgeführt wurden.

In den New Yorker Straßen herrschte in den Abendstunden Großbetrieb. Vor den Gebäuden der großen Zeitungen, wie „Times" und „World", warteten Tausende auf die ersten Wahlergebnisse, die durch Lichtbilder bekanntgegeben wurden. Auf dem Woolworth-Gebäude waren Scheinwerfer aufgestellt, die die Ergebnisse in bunten Farben sechzig (?) Meilen im Umkreis verbreiteten.

Krassin Pariser Botschafter.

Paris, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Der diplomatische Vertreter der Sowjetregierung in London, Rakowski, hatte am Dienstag abend eine Unterredung mit Herriot, die der Vorbereitung der offiziellen Beziehungen galt. Rakowski überbrachte dabei die Mitteilung, daß die Sowjetregierung mit der Ernennung Jean Herbettes zum französischen Botschafter in Moskau einverstanden sei, und er erhielt zu gleicher Zeit das Agrement der französischen Regierung zur Ernennung Krassins zum russischen Botschafter in Paris. Da man in Paris noch am Dienstag angenommen hatte, daß Rakowski selbst die diplomatische Vertretung Rußlands in Paris übernehmen würde, kommt die Ernennung Krassins einigermaßen überraschend. Als Grund hierfür wird angegeben, daß die Sowjetregierung angesichts des Ueberganges der Regierung in London auf ein dem neuen Regime in Rußland nicht sehr wohlgesinntes Kabinett es für unangebracht gehalten habe, gerade jetzt einen Personalwechsel auf dem Londoner Botschafterposten vorzunehmen. Krassin, der von Beruf Ingenieur und bis zum Kriegsausbruch Vertreter von Siemens-Schuckert in Petersburg gewesen ist, gilt als einer der gemäßigten Vertreter des Bolschewismus. Er war es, der im Jahre 1921 den ersten Vertrag der Sowjetregierung in England zum Abschluß gebracht hat. Rakowski, der am Donnerstag nach London zurückkehrt, wird voraussichtlich an den vorbereitenden Arbeiten zu den Anfang Januar beginnenden französisch-russischen Verhandlungen zur Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen beiden Ländern teilnehmen.

Keine Ruhrbesetzungsmedaille.

Herriot lehnt ihre Schaffung ab.

Paris, 5. November. (EP.) Herriot hat einen Vorschlag des Bundes der früheren Beamten im Ruhr- und Rheinland abgelehnt, wonach eine besondere Denkmünze für alle diejenigen geschaffen werden soll, die an der Ruhr- und Rheinlandbesetzung teilgenommen haben. Herriot erklärt in einem Brief an den Bund, daß die Schaffung einer solchen Denkmünze nicht möglich sei. Es sei nicht möglich, die Besetzung der Ruhr mit einer militärischen Besetzung oder mit einem Feldzug im Ausland auf gleichen Fuß zu stellen. Es habe sich lediglich um die Durchführung von Sanktionen gehandelt.

Gegen den Brotwucher!

Macht weitere Brotpreissteigerungen unmöglich!

Im Durchschnitt des Jahres 1913 kostete an der Berliner Börse die Tonne (1000 Kilo) Roggen 164 M. und die Tonne Weizen 199 M. Im selben Jahre kostete der Roggen in New York 109 M. pro Tonne, also 55 M. weniger. Da der Zoll pro Tonne Roggen 50 M. betrug, so bezahlte man in Deutschland auch den im Inlande erzeugten Roggen um den vollen Zollbetrag höher als am Weltmarkte. Weizen kostete 1913 in New York 160 M. und in London 149 M. pro Tonne. Der Preis in Deutschland war also 39 bzw. 50 M. höher als an den großen Weltmarktplätzen. Der Zoll auf Weizen betrug damals 55 M. pro Tonne. Auch der Weizenzoll kam also im Preise auch des gesamten in Deutschland erzeugten Weizens zum Ausdruck.

Im Durchschnitt des Jahrfünfts 1909 bis 1913 sind in Deutschland jährlich für die menschliche Ernährung mehr als 5 Millionen Tonnen Weizen und fast 7 Millionen Tonnen Roggen, zusammen also fast 12 Millionen Tonnen Brotgetreide verbraucht worden. Das bedeutet, daß die deutschen Brotverbraucher jährlich eine Sondersteuer von rund 600 Millionen Mark bezahlten — davon einen verschwindend geringen Teil an den Staat, den allergrößten Teil aber an die Agrarier. Die Brotverbraucher, das sind zum übergroßen Teil die Massen der Besitzlosen, die jeden Pfennig zu Rate ziehen müssen, um überhaupt die nackte Existenz fristen zu können. Die Agrarier aber, das sind die verhältnismäßig wenigen großen Grundbesitzer, die den Hauptteil der an den Markt kommenden Getreidemengen auf ihren Ländereien erzeugen. Die Armut also zahlte diesen ungeheuren Tribut an den Reichtum. Es sind im Durchschnitt des Jahrfünft 1909 bis 1913 außerdem jährlich etwa 3½ Millionen Tonnen Brotgetreide als Viehfutter verwendet worden. In den Vieh- und Fleischpreisen ist demnach eine weitere Sondersteuer von rund 175 Millionen Mark jährlich bezahlt worden. Alles in allem gerechnet kann man die Liebesgaben an die Agrarier durch die Wirkung der Getreidezölle auf 800 Millionen Mark jährlich schätzen, ohne zu hoch zu greifen!

Zu Anfang des Krieges wurden die Getreidezölle in Deutschland aufgehoben. Ihre Wiedereinführung ist erst nach der Inflation Gegenstand ernsthafter Diskussion geworden. Anfang dieses Jahres begann der Jammer der Agrarier über „zu niedrige" Getreidepreise die Oeffentlichkeit zu beschäftigen. Diese lagen, wie ein Blick auf die unten folgende Tabelle zeigt, bis Juli/August dieses Jahres zweifellos unter den letzten Vorkriegspreisen. Sie entsprachen etwa den Weltmarktpreisen einschließlich Fracht bis Hamburg. So enthielten sie auch bereits einen Zuschlag gegenüber den Weltmarkt-Vorkriegspreisen entsprechend der internationalen Steigerung der Produktionskosten der Landwirtschaft. Infolgedessen erhielten die deutschen Agrarier ohne Schutzzoll einen Preis, der etwa in der Mitte zwischen dem Vorkriegs-Weltmarkts- und den Vorkriegspreisen in Deutschland lag.

Die landwirtschaftlichen Besitzer in Deutschland, die vor dem Kriege — wie oft wurde das betont! — verhältnismäßig hoch belastet waren mit Grundschulden, sind durch die Inflation von diesen Schulden zum größten Teil befreit worden. Sie brauchen also heute im allgemeinen aus ihrem Besitz keine Verzinsung für ihre Schulden mehr herauszuholen. Aus diesem Grunde könnten sie auf überhöhte Preise durch Schutzzölle verzichten. Sie halten sich aber nach dem Fortfall ihrer Schulden für reicher und verlangen dieser Reichtumssteigerung entsprechende höhere Gewinne für sich. Es ist also, da die Weltmarktpreise einen genügenden Prozentsatz für die Produktionskostensteigerung enthalten, ein krasses egoistisches Gewinnstreben, das in den Zollforderungen der deutschen Agrarier zum Ausdruck kommt. Ihnen nachgeben, würde heißen, die Brotverbraucher in Deutschland außer mit der sozusagen normalen Teuerung auch noch mit Extraprofiten zugunsten der wirklich nicht notleidenden Landwirtschaft zu belasten.

Nun ist aber inzwischen die Preisbewegung für Brotgetreide in Deutschland so sprunghaft steigend geworden, daß die Friedenspreise (die die Zollprämie einschlossen) auch ohne Schutzzölle längst überholt sind. Es kostete nämlich an der Berliner Börse im Jahre 1924 im Durchschnitt der Monate:

1 Tonne	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept.	Okt.	Durchschnitt 1913
Roggen M.	137	135	136	181	128	136	148	193	223	164
Weizen „	163	167	174	162	146	160	199	222	226	199

Jetzt Agrarschutzzölle einführen, hieße, diese Not- und Wucherpreise noch zu steigern, ihrem bereits begonnenen Rückgang entgegenzutreten, sie zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Es kommt noch einiges hinzu, das Vorhaben der Schutzzöllner noch stärker zu diskreditieren. Die andere Seite der Getreidepreise in ihrer Wirkung für die Verbraucher sind die Mehl- und Brotpreise.

Vor dem Kriege, im Durchschnitt des Jahres 1913, kostete an der Berliner Börse Roggenmehl 27½ Proz. mehr als die gleiche Menge Roggen, und Weizenmehl 35 Proz. mehr als die gleiche Menge Weizen. Diese Differenz zwischen Getreide- und Mehlpreisen, den „Mahllohn", haben Mühlen und Mehlhändler in den seit der Inflation ver-

gangenen Monaten enorm gesteigert. Im Jahre 1924 kostete im Monatsdurchschnitt an der Berliner Börse:

1 Tonne		Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Durchschnitt 1913
Roggenmehl . . .	M.	226	221	218	208	198	214	229	288	209
mehr als Roggen	„	89	86	82	72	70	78	81	95	45
„ „	„ Proz.	64	64	60	55	55	57	55	50	27,5
Weizenmehl	M.	260	257	258	237	225	243	281	328	269
mehr als Weizen	„	97	90	84	75	79	83	82	101	70
„ „	„ Proz.	60	54	48	46	54	52	41	45,5	35

Im Durchschnitt war in dieser Zeit für Roggenmehl der „Mahllohn" prozentual etwa doppelt so hoch wie vor dem Kriege: der „Mahllohn" für Weizenmehl war prozentual nicht ganz so viel, aber immerhin im Durchschnitt um die Hälfte höher als 1913. Dieser Tatsache ist es zuzuschreiben, daß mit Ausnahme des Mai und Juni Roggenmehl immer teurer war als vor dem Kriege, obwohl die Roggenpreise bis einschließlich August unter den Vorkriegspreisen lagen. Die Preissteigerung für Weizenmehl ist nicht so kraß wucherisch ausgeprägt, was das interessante Moment ergibt, daß das Mehl und Brot der armen Leute stärker Wucherobjekt gewesen ist als das Mehl und Brot der weniger Armen.

Für diese spezielle Mehlverteuerung sind die verschiedensten wirtschaftlichen „Gründe" angegeben worden. Daß sie allesamt nicht für eine sozusagen natürliche Erklärung ausreichen, beweist der eine Umstand, daß in England und Amerika der „Mahllohn" für Weizen heute noch nicht mehr ausmacht als im Vorkriegsdeutschland. Es kommt zu der Mehlverteuerung durch „die erste Hand" eine weitere Verteuerung durch Zwischenhändler, von denen die amtliche Statistik behauptet, daß sie heute das Mehl von der Börse bis zum Bäcker um **16 Proz.** (im Durchschnitt der ersten neun Monate dieses Jahres) verteuern (gegen „nur" 10 Proz. vor dem Kriege).

Die Brotpreise sind statistisch schwer zu erfassen. Es gibt so viele Qualitäten Brot, daß zuverlässige Vergleiche kaum anzustellen sind. Für die Verbraucher ist ein Urteil über Brotpreise ebenfalls schwierig; Brotpreise können anscheinend gleich bleiben, und es kann doch durch Gewichtverminderung und Qualitätsverschlechterung eine Verteuerung eingetreten sein. Verteuerungen solcher Art sind besonders heimtückisch, weil sie den Verbrauchern die wirkliche Lage verheimlichen. Noch vor nicht allzu langer Zeit mußten die Bäcker für die gebräuchlichste Sorte Brot Gewichts- und Preistaxen aushängen, die amtlich abgestempelt sein mußten. Damals kostete beispielsweise ein siebenpfündiges Roggenschrotbrot 52 Pf. Zuletzt vor dem Kriege (1913) kostete in Berlin im Durchschnitt des Jahres ein Kilogramm Roggenbrot 28¾ Pf. Nach der amtlichen Statistik soll es vom Februar bis August dieses Jahres gleichmäßig etwa 27¾ Pf., also weniger als 1913 gekostet haben. Nach den hier voraufgegangenen Mitteilungen über die Getreide- und besonders über die Mehlpreise muß man nach diesen amtlichen Angaben annehmen, daß in der jüngsten Gegenwart die Berliner Bäcker sich mit weniger Verdienst begnügt haben als vor dem Kriege. Daß sie das in der Zeit der allgemeinen Ueberspannung des Gewinnstrebens in Wirklichkeit nicht taten, darf man als sicher voraussetzen. Es wird auch hier so sein, daß die amtliche Statistik — die inzwischen allgemein angezweifelt wird — auch bezüglich der Brotpreise wesentliche Tatsachen (z. B. Qualitätsverschlechterungen) nicht beachtet hat. — Inzwischen sind übrigens die Brotpreise lustig am Steigen, was dem gedankenlosen Konsumenten dadurch verborgen bleibt, daß meist nicht die Preise erhöht, sondern die Gewichte vermindert werden.

Die letzte Entwicklung der Getreide- und Mehlpreise macht es notwendig, daß die Brotkonsumenten sie scharf im Auge behalten. Der eigentliche Grund der hohen internationalen Brotgetreidepreise in der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit ist durch eine internationale Verknappung der Vorräte und eine Fehlernte in vielen Ländern gegeben. Gleichzeitig soll der Verbrauch in einigen Ländern (besonders stark in Japan, weniger stark in Deutschland, Frankreich, England u. a.) zugenommen haben. Es ist — soweit eine Voraussicht möglich ist — wahrscheinlich, daß wir bis etwa Mitte nächsten Jahres hohe Getreidepreise behalten werden, wenn auch die augenblicklichen Preise in Deutschland spekulativ übersteigert und einer Senkung fähig sind. Die Ursache dieser spekulativen Uebersteigerung ist die Hoffnung, daß Getreidezölle kommen werden. Diese Hoffnung durch die Wahl von Sozialdemokraten beseitigen, heißt also: die Getreidepreise senken.

Verhinderung des Brotwuchers durch Wahl von Sozialdemokraten heißt aber auch: die beabsichtigten weiteren Preissteigerungen für Brotgetreide unmöglich machen. Getreide-, Mehl- und Brotwucher erteilen also die Lehre:

Wählt sozialdemokratisch!

Nachklänge aus dem Ruhrkampf.

Beleidigungsklagen des Ministers Severing.

Das Große Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich heute vormittag mit einer Reihe von Beleidigungsklagen zu beschäftigen, die die Staatsanwaltschaft auf Grund von Zeitungsartikeln des „Deutschen Tageblattes" gegen die deutschvölkischen Abgeordneten Wulle, Stelter und den Major Weberstädt angestrengt hatte.

Die erste Klage richtete sich gegen den bisherigen Abg. Stelter, den verantwortlichen Schriftleiter des „Deutschen Tageblattes". In Nr. 59 dieser Zeitung war ein Artikel erschienen mit der Ueberschrift: „Ermittlungsverfahren gegen Cuno?" In diesem Artikel hieß es, daß Minister Severing trotz der heißen Bemühungen des Reichskanzlers, die Freundschaft des preußischen Innenministers zu gewinnen, gegen Cuno, dem er nun einmal nicht traut, durch ein Heer von Polizeibeamten ein Ermittlungsverfahren angestrengt habe, das mit den Vorgängen im Ruhrrevier in enger Verbindung stehe.

Der Angeklagte Stelter erklärte hierzu, nachdem er die politische Lage, wie sie sich vor und während des Ruhrkampfes entwickelt, noch einmal kurz geschildert hatte, daß bekanntlich zwischen Reichskanzler Cuno und Minister Severing in der Frage des Ruhrkampfes politisch ein so scharfer Gegensatz bestanden habe, daß außen- und innenpolitisch die Folgen dieser Meinungsverschiedenheiten sich in unheilvoller Weise ausgewirkt hätten. Das „Deutsche Tageblatt" habe eines Tages davon Kenntnis erhalten, daß bei einem Major Snethlage, der der völkischen Bewegung nahe stand, ein Beamter der Berliner politischen Polizei erschienen sei, um eine Haussuchung abzuhalten. Major S. sei darüber sehr ungehalten gewesen und der Beamte der politischen Polizei habe darauf hin erklärt, daß gegen Snethlage keinerlei Verdacht bestehe. Vielmehr wünsche Minister Severing durch die Haussuchung festzustellen, wer hinter dem Heinz stehe, der bekanntlich im Abwehrkampfe an Ruhr und Rhein eine erhebliche Rolle gespielt und der mit anderen Kreisen zusammen bei seinen Handlungen das Einverständnis der Reichsregierung besessen habe. Minister Severing sei, so habe der Polizeibeamte erklärt, durch den Reichskanzler Cuno nicht über die Absichten der Reichsregierung im Ruhrrevier unterrichtet gewesen, und so habe er feststellen wollen, wer denn eigentlich hinter Heinz stehe, mit dem Major Snethlage Verbindung hatte. Der Polizeibeamte habe noch erklärend hinzugefügt, er könne das, was er von Minister Severing gesagt, ruhig behaupten, weil Severing gegen die Beamten der politischen Polizei, die zuviel wüßten, nicht vorzugehen vermöge. Ueber die Haussuchung habe Major Snethlage dann ein Protokoll aufsetzen lassen und eine Abschrift dieses Protokolls habe die Unterlage für den Artikel des „Deutschen Tageblattes" gebildet.

Der Verteidiger, R.-A. Dr. Sack, war der Ansicht, daß eine Formalbeleidigung des preußischen Innenministers nicht vorliege und daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugebilligt werden müsse. Erster Staatsanwalt Binder stellte den Antrag, daß durch Vernehmung von Zeugen dem Angeklagten Gelegenheit gegeben werden solle, den Wahrheitsbeweis zu führen, da der Vorwurf, der gegen Minister Severing erhoben worden sei, er habe gegen den damaligen Reichskanzler ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, oder er habe eine Intrige gegen Cuno gesponnen, allerschwerster Art sei.

Nach längerer Beratung lehnte das Gericht die gestellten Beweisanträge ab. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß, wenn Minister Severing ein Ermittlungsverfahren gegen den Reichskanzler Cuno wirklich eingeleitet hätte, weil er den Verdacht gehabt hätte, in der Reichskanzlei gingen Sachen vor, die dem Staatsinteresse zuwiderliefen, darin keine pflichtwidrige Handlung des Innenministers zu erblicken sei, in dieser Behauptung also auch keine Beleidigung oder Ehrenkränkung des Ministers läge. Es bleibe nur die Frage übrig, ob nicht die Bezeichnung der Handlungsweise Severings als „landesverräterische Bestrebungen" als Beleidigung zu betrachten sei.

Der Erste Staatsanwalt schloß sich der Auffassung des Gerichts an, bat, dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu versagen und beantragte gegen Stelter eine Geldstrafe von 300 M. R.-A. Dr. Sack erinnerte an das disharmonische Verhältnis zwischen Severing und Cuno. Das Reich habe damals die Ruhrsabotage ausdrücklich geduldet und unterstützt, es habe sogar einen eigenen Kommissar dafür eingesetzt, von dem Heinz seine Aufträge erhalten und von diesen drei oder vier auf direkten Wunsch ausgeführt habe.

Das Urteil.

Der Angeklagte wird zu einer Geldstrafe von 300 M. und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Minister Severing wird das Recht zugestanden, das Urteil im „Deutschen Tageblatt" zu publizieren. In der Behauptung, daß Minister Severing ein Ermittlungsverfahren gegen den früheren Reichskanzler Cuno eing leitet hat, um festzustellen, inwieweit der Reichskanzler Cuno am passiven Widerstand beteiligt war, konnte eine Beleidigung nicht erblickt werden. Anders ist es mit dem Vorwurf, daß Minister Severing dadurch sich eines landesverräterischen Vergehens schuldig gemacht habe. Die Worte „Landesverrat" und „Hochverrat" sind heute im politischen Kampf Scheidemünze geworden und die Parteien werfen sich gegenseitig so häufig diese Vergehen vor, daß die Worte von ihrer ursprünglichen Bedeutung viel verloren haben. Trotzdem mußte sich der Angeklagte bewußt sein, daß es für den Minister Severing beleidigend war, wenn ein solcher Vorwurf gegen ihn erhoben würde. Zweifellos hatte der Angeklagte beim Schreiben des Artikels die Absicht der Beleidigung und § 193 konnte ihm nicht zugebilligt werden.

Der Sinowjew-Brief.

Auf eine Kopie hin die große Staatsaffäre!

London, 5. November. (WTB.) In dem amtlichen Bericht des Kabinettsausschusses zur Untersuchung der Echtheit des Sinowjew-Briefes heißt es, der Ausschuß habe es, nachdem er Vertreter der beteiligten Regierungsstellen gehört habe, unmöglich gefunden, auf Grund des ihm vorliegenden Beweismaterials zu einer positiven Schlußfolgerung zu gelangen. Der Originalbrief sei nicht vorgelegt und von keiner Regierungsstelle gesehen worden, und die ganze Aktion sei auf Grund eines Schriftstückes unternommen worden, das nichts weiter als eine Kopie darstellen sollte. Leider sei es dem Ausschuß in der kurzen ihm zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich gewesen, sich Beweismaterial zu verschaffen, das die Angelegenheit weiter aufklären könnte.

Sollte man es für möglich halten, daß das Außenministerium der größten Weltmacht so leichtfertig arbeitet, auf eine Kopie hin, die ebenso gut keine Kopie oder auch die Kopie einer Fälschung sein kann, eine scharfe Note an eine andere Regierung zu richten, mit der man soeben einen jahrelangen Feindlichkeitszustand beendet hat? Und daß man diese Note dem gutgläubigen und überarbeiteten, in der Wahlkampfhetze stehenden Minister zur Unterschrift unterschiebt, um sie dann schleunigst zu veröffentlichen?

Jawohl, diese unglaubliche Leichtfertigkeit ist begangen worden — als Mittel des Wahlkampfes von oppositionellen Beamten gegen die Partei des Ministers. Wenn das nicht Amtsmißbrauch ist, so gibt es keinen! Der Bolschewistenschreck war längst das Hauptkampfmittel der Konservativen gegen die Arbeiterregierung, die den Vertrag mit Sowjetrußland geschlossen hatte. Der ewigen Putschhetze Moskaus verdankt die britische Reaktion jene Stimmung großer Volksteile, die jetzt die Arbeiterregierung gestürzt hat.

Wenn die konservative Regierung, die im Entstehen begriffen ist, auf Anstand und dienstliche Korrektheit hält, dann müßte ihre erste Aufgabe sein, die Schuldigen des Foreign Office in Disziplinaruntersuchung zu ziehen. Tut sie es nicht, so dürfte ihr das im Unterhaus schwere Stunden bereiten und den Anfang des Umschwungs im Lande bewirken.

Forderungen der Jugend.

Von Rudolf Zwetz.

Müde Herbstgreise auf Parkbänken in der letzten Sonne — zitternde Erinnerungen — fallende Blätter: es wird einem selber ganz welk und nebelig zu Sinn, wenn man in allen Zeitungen davon liest. Als ob wir noch im geruhigen Zeitalter der „Gartenlaube" und der Kleinstadtromantik lebten, als ob nicht Aufgaben drängen, und als ob's nicht auch junge Menschen gäbe, die schon Zeitungen lesen dürfen. Von ihrer Lust und ihren Nöten wollen die hören und sich spiegeln können in dem, was der Tagesschreiber ihnen sagt.

Alles stimmt zur Tätigkeit: die kurzen Tage wollen genossen sein mit der spärlichen Sonne, mit dem Farbenglanz ihrer hellen Stunden. Und der künstliche Tag, den wir uns drinnen schaffen, lockt zu verstärkter Arbeit, zum Leben unter Menschen und in Büchern. Tausend Anforderungen zur Tat! Zum Träumen ist weder Zeit noch Stimmung.

Jede Aufgabe fordert heute rasche Entscheidung, auch die kleinste: über den Fahrdamm zu gehen (nicht nur die, ein Kabinett zu bilden). Was wird aus unseren Jungen, wenn sie nicht schon in ihrem Kreise sich üben können, selbständig über Zeit und Arbeitskraft zu verfügen? Welchen Bildungswert hat eine Schule, die (wir wollen uns nichts vormachen!) heute genau noch so wie unsere vor 25 Jahren ihren Opfern den Stoff tischfertig vorsetzt, der zu bewältigen sei, und nicht fragt, ob er in das Leben heutiger Jugend paßt? Die Wahlen mahnen aufs neue: Nie wird der Mensch reif zu so früher Verantwortung, wenn Schule und Elternhaus nicht endlich mal ihre eigene Verantwortung erkennen.

Man muß den Mut haben, gegenüber den müden Herbstgreisen in der Erziehung (und sie sind oft noch jung an Jahren!) die alte Forderung stets neu zu wiederholen: Laßt unsere Jungen frei! Das heißt nicht: Ueberlaßt sie unvorbereitet der Straße. Es heißt: Macht eure Augen auf, Lehrer und Eltern, beobachtet, was eure Kinder gern lernen und leisten wollen, wohin ihr Interesse sie zieht. Es liegt oft so weit ab von jedem Lehrstoff der Schulpläne, daß ein gewissenhafter Lehrer es nicht über sein Beamtenherz bringt, den Frager zu befriedigen. Die Eltern aber sind zu müde, zu nervös, auf ihn einzugehen. Und so erlischt mit dem Interesse in dem Jungen auch der Glaube an den guten Willen der Großen, ihm zu helfen, verdrossen wendet er sich ab und lebt sein Leben auf der Straße, da er sein eigenes Leben nicht leben darf.

Und das sind dann die unselbständigen Herdenmenschen, Arbeitstiere des Kapitals, die keinen Satz deutsch reden, nicht auftreten und sich nur in der Masse behaupten können, die Menschen, die kritiklos Schlagwortparolen folgen — und in einsamen Stunden schmerzvoll empfinden, was Schule und Elternhaus an ihnen verdarb.

Eine Schmach ist's, daß dieser einfache Gedankengang nicht längst unsere Bildungsarbeit beherrscht. Darum, wenn die bürgerliche Schule versagt, möge das kämpfende Proletariat in den entscheidungsschweren Tagen, die wir jetzt durchleben, erkennen, was es seinen Söhnen und Töchtern schuldig ist. — daß die Lebensgemeinschaftsschule seine Schule ist und das wichtigste Kampfziel seines Kulturprogramms. Vergeßt nicht im Wahlkampf die Zukunft und das Glück eurer Kinder! Macht diesen Kampf zugleich zu einem Kampfe um die Schule der Zukunft!

Die Entwicklung des Münchener Theatermuseums. Das Münchener Theatermuseum, das durch die Schauspielerin Clara Ziegler gegründet wurde, hat sich in der letzten Zeit reich entwickelt und besitzt einzigartige Schätze, die für die Theaterwissenschaft von großer Bedeutung sein werden. Wie der Konservator des Museums Dr. Franz Rapp in der Monatsschrift der Münchener Volksbühne „Das Welttheater" mitteilt, ist die Bibliothek auf mehr als 20000 Bände angewachsen und stellt ein unvergleichliches Material zur Erforschung des Theaters und seiner Geschichte dar. Aus dem Nachlaß des Baumeisters Gottfried Semper sind dessen Pläne und Zeichnungen für seine Theaterbauten in das Museum gekommen, und es ist allmählich eine reiche Architekturabteilung entstanden, die neben Plänen der bedeutendsten europäischen Theatergebäude plastische Modelle von Zuschauerhäusern und Bühnenräumen umfaßt. Auch eine bühnentechnische Modellsammlung ist im Entstehen, die Bühnenmaschinerie, Bühnenbeleuchtung usw. veranschaulicht. Der interessanteste Teil des Theaters, der sich überhaupt in einem Theater erfassen läßt, ist das Bühnenbild: die Gestalt des Schauspielers und die Zauberwelt der Szene. Die Sammlungen des Theatermuseums besitzen eine große Anzahl originelle Dekorationsentwürfe, an Kupferstichen und Zeichnungen läßt sich die Entwicklung der Bühnendekoration von der Renaissance bis zu dem modernen Expressionismus verfolgen. Daneben steht die Bildnissammlung, die viele hunderte von Porträts zählt und von dem antiken Schauspieler Norbanus Sorex, der in Pompeji ein Standbild erhielt, bis zu den Großen der Gegenwart führt. Der Bücherei ist das Archiv angegliedert, das Dokumente und Manuskripte aus der Theatergeschichte umschließt. Das Museum ist weiter in kräftigem Gedeihen und wird so sein Ziel erreichen, „eine Sammelstätte der Zeugen großer künstlerischer Vergangenheit und die Werkstatt froh schaffender Zukunft" zu sein.

Künstlicher Zucker. Die Nachricht, daß es Prof. Baly in Liverpool gelungen ist, Zucker aus Kohlensäure und Wasser herzustellen, hat begreifliches Aufsehen erregt und die Hoffnung erweckt, man werde nun bald nicht mehr auf die Zuckerrübe und das Zuckerrohr angewiesen sein. Aber diese Erwartungen gehen, wie in „Reclams Universum" ausgeführt wird, viel zu weit. Die Entdeckung Balys ist zwar wissenschaftlich sehr interessant, aber praktisch vorläufig ganz bedeutungslos, da zur Herstellung des künstlichen Zuckers große Mengen Energie in Form von ultraviolettem Licht gebraucht werden, die das Verfahren unter den heutigen Umständen ganz unrentabel machen. Baly hat schon seit Jahren an dieser Aufgabe gearbeitet. Seine Synthese des Zuckers erfolgt in zwei Stadien: zunächst wird aus Kohlensäure und Wasser unter dem Einfluß ultravioletter Strahlen Formaldehyd gebildet; es vollzieht sich ein Vorgang, wie er sich auch bei der Zuckerbildung der Pflanze unter Mitwirkung des Chlorophylls abspielt. Die Kondensation des Formaldehyds zu Zucker ist dann eine Reaktion, die schon vor fast 30 Jahren von dem Münchener Physiologen Löw verwirklicht wurde. Immerhin ist die Balysche Entdeckung ein Fortschritt auf dem Wege zur künstlichen Herstellung der Nahrungs- und Genußmittel; aber die Verwendung des künstlichen Zuckers im täglichen Leben wird erst dann möglich sein, wenn zu seiner Erzeugung größere und billigere Energiemengen zur Verfügung stehen werden als bisher.

Die Elektrisierung Tibets. Tibet, das Reich des Dalai-Lama, das noch vor einem Vierteljahrhundert von Europäern nur mit größter Gefahr betreten werden konnte und ein „verbotenes Land" war, wird jetzt der modernen Zivilisation mehr und mehr erschlossen. Das Land wird nicht nur mit Telephonen und Telegraphen ausgerüstet, sondern es soll auch elektrische Beleuchtungsanlagen erhalten, für die man die bedeutenden Wasserkräfte des Berglandes benutzen will. Natürlich sind es englische Ingenieure, die von Indien aus diesen Kulturfortschritt ins Land tragen. Wie in der Leipziger „Illustrierten Zeitung" berichtet wird, ist im vergangenen Jahr der Kupferdraht bis nach der Hauptstadt Lhassa geleitet worden. Die Legung der Leitung verursachte in dem waldlosen Hochgebirge, das durchgehend mehr als 4000 Meter hoch ist, große Schwierigkeiten; sie wurde aber in der kurzen Zeit von 5 Wochen durchgeführt, wobei sämtliche Arbeiten unter der Führung zweier englischer Ingenieure und einiger indischer Monteure von den Bauern der einzelnen Gebiete geleistet wurden. Die Bauern mußten diese Arbeiten ohne Entschädigung machen, denn in Tibet ist der Frondienst noch an Stelle von Steuerzahlung üblich. In Lhassa ist man auf den telephonischen Anschluß, den man jetzt besitzt, sehr stolz, und die Lamas benutzen jede Gelegenheit, um zu telephonieren. Am begeistertsten ist der Dalai-Lama selbst, der sich jetzt von seiner Sommerresidenz aus mit seinen Ministern und Beamten in Lhassa verständigen kann. Jetzt wird in der Nähe von Lhassa ein großes Elektrizitätswerk gebaut; die einzelnen Teile werden auf Eselrücken über die Berge geschafft. Die ganze Anlage wird von Söhnen des Landes ausgeführt, denn der Dalai-Lama hat eine ganze Anzahl von Tibetanern nach Europa geschickt, um sich in der Elektrotechnik auszubilden.

Arno-Holz-Abend. Heinz Ludwig rezitiert am 12. November, abends 8 Uhr, im Saal der Berliner Sezession aus Arno Holz's „Blechschmiede" und „Phantasus". Einleitende Worte hierzu spricht Friedrich Wendel.

Das Deutsche Opernhaus veranstaltet, beginnend mit dem 14. November, eine Serie von Parsifal-Aufführungen. Der Vorverkauf für alle Vorstellungen hat begonnen.

„Das Nachtlager von Granada" im Berliner Rundfunk. Die Sendespielbühne der Funkstunde bringt am Sonntag, den 9., in der Rundfunkbearbeitung von Cornelie Bronsgeest „Das Nachtlager von Granada" von Konradin Kreutzer. Das Werk gelangt wiederum in erster Besetzung mit Irene Eden und den Herren Stieber, Waller, Bronsgeest, Lehmann, Kistemann und Krauß, sowie dem Chor der Staatsoper und dem Orchester der Philharmonie unter Leitung Otto Uracks zur Aufführung.

„Neues Bauen." Ueber dieses Thema spricht am 8., abends 8 Uhr, Dr. Adolf Behne in der Aula Georgenstr. 30/31.

Das Beamtenvertretungsgesetz.

Ein Messer ohne Heft und Klinge.

Die Telegraphenunion meldet: Um die in der Verfassung enthaltene Zusage nicht unerfüllt zu lassen, will die Reichsregierung das Beamtenvertretungsrecht noch vor der allgemeinen Neuregelung des Beamtenrechts erledigen. Die Beamtenausschüsse sollen sich, wie es jetzt schon bei vielen Verwaltungen auf dem Verordnungswege eingeführt ist, gliedern in Ortsausschüsse, Bezirksausschüsse und einen Hauptbeamtenausschuß bei jedem Ministerium. Die von manchen Organisationen und Parteien (d. h. von den freigewerkschaftlichen Beamtenorganisationen und der Sozialdemokratischen Partei) gewünschte allgemeine Wahl der Beamtenausschußmitglieder hält die Regierung für undurchführbar, weil dabei nicht die Interessen aller Beamtengruppen gleichmäßig gewahrt werden könnten. (?) Die Regierung legt Wert darauf, daß in allen Ausschüssen die unteren, mittleren und weiblichen Beamten eine gleichmäßige Vertretung finden. Die höheren Beamten kommen schon wegen ihrer geringen Zahl und ihrer besonderen Stellung in den Beamtenvertretungskörpern weniger in Frage. Die von manchen Gruppen und Parteien (siehe oben) verlangte Immunität der Beamtenausschußmitglieder kann die Regierung nicht zubilligen. Sie ist dagegen damit einverstanden, daß disziplinarische Bestrafungen von Ausschußmitgliedern nur mit Zustimmung des Ministeriums erfolgen können. Die Regierung glaubt, den Ausschüssen ein Mitbestimmungsrecht nicht gewähren zu können, weil sie davon eine dauernde Störung des Verwaltungsbetriebes befürchtet. Nach dem Willen der Regierung sollen die Beamtenausschüsse bei der Verwaltung in der Hauptsache beratend mitwirken und Anregungen geben, während die Entscheidung beim Dienstvorgesetzten liegt. In Streitfällen könnte eventuell der Beamtenausschuß die Entscheidung der höheren Verwaltungsinstanz anrufen. Die Einrichtung von Schlichtungsausschüssen mit einem unparteiischen Vorsitzenden bei Streitfällen zwischen dem Ausschuß und der Behörde hält die Regierung für unmöglich, weil dann letzten Endes ein der Verwaltung fernstehender Richter über Verwaltungsfragen entscheiden würde. (Und das wäre ganz unausdenkbar! Sind denn die Regierungsmitglieder, die doch „letzten Endes" entscheiden, Verwaltungsbeamte?) Ein Schlichtungsausschuß wäre höchstens möglich für solche Fragen, die die Befugnisse der Ausschüsse selbst betreffen. Die Beamtenausschüsse müßten so gestaltet werden, daß sie ihre wichtigste Aufgabe, ausgleichend und schlichtend zu wirken, im Interesse der Beamtenschaft und der Verwaltung erfüllen könnten.

Evangelische Hetze.

Die Welt im Spiegel der Diener Christi.

In Berlin erscheint ein evangelisches Kirchenblatt für Groß-Berlin, verantwortlich für die Schriftleitung zeichnet der Urteutone Suin de Boutemard. In diesem Blatt für geistig Enterbte wird selbstverständlich auch in Politik gemacht. Und so findet man am Ende einer jeden Nummer eine lyrisch bewegte Umschau über die Schlechtigkeit der bösen irdischen Welt. Wie sich in den Köpfen dieser Leute die Welt malt, dafür einige Beispiele:

„Die Wahlaufrufe der Regierungsparteien und der Kommunisten (!) klingen in dem alten Wirthschen Stichworte aus: „Der Feind steht rechts." Die Aufrufe sind an Gehässigkeit am modernen parlamentarischen Ton unüberbietbar. Wir können daraus mit aller Deutlichkeit sehen, welche Richtung das Reichsschiff nehmen würde, wenn Vertreter dieser Richtungen an das Ruder kämen. Es gilt daher, alle Mann an die Wahlurne, jede Stimme einer Partei, die für Christentum und deutsche Regierungsart und -form eintritt."

An einer anderen Stelle werden die Zentrumsleute mit christlicher Nächstenliebe bearbeitet. Den Deutschnationalen wird vorgeworfen, daß sie mit dem Zentrum überhaupt ernsthaft verhandelt haben:

„Wir meinen, ebensowenig wie die Deutschnationalen übersehen dürfen, daß außenpolitisch die Feindbundstaaten kein Vertragsgegner für Deutschland seien, sollten sie vergessen, daß Zentrum und Demokratie innenpolitisch nicht vertragsfähig sind. . . . Man vergesse nicht den Katholikentag in Hannover, der mit aller Deutlichkeit betonte, daß der Katholik in erster Reihe International sein müsse. Wir erinnern an den Katholikentag von 1851, auf dem der badische Katholikenführer Buß das große Ziel dieser Tagung bezeichnete: „Mit einem Netz von katholischen Vereinen werden wir den altbayerischen Herd in Preußen von Osten und Westen umklammern und die katholischen Provinzen, die zur Schmach aller Katholiken der Mark Brandenburg zugeteilt sind, befreien und die Hohenzollern unschädlich machen!" Vergessen wir das nicht, gerade an dem Tage, der unmittelbar vor dem Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung liegt, gedenken wir Evangelischen in Treue und Dank der Hohenzollern und ihrer Arbeit an unserer Kirche."

Jedes Wort der Polemik mit diesen Geistesgrößen wäre vergebliche Mühe. Diese Diener Christi haben wirklich nichts gelernt und nichts vergessen. Diesen Leuten ist nun einmal nicht zu helfen. Daher sprechen sie nur offen aus, was die übergroße Mehrzahl der evangelischen Geistlichkeit dumm genug ist zu denken. Für den Bürgerblock eröffnen sich die niedlichsten Perspektiven. Die Deutschnationalen werden ihre evangelischen Helfershelfer vielleicht doch noch ganz erheblich dämpfen müssen.

Kaufmanns- und Gewerbegerichte.

Verbandsversammlung in Bremen.

Der Verband Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hält am 14. und 15. November 1924 in Bremen eine Verbandsversammlung ab, die durch die einschneidenden, bereits erfolgten und noch bevorstehenden Gesetzgebungsmaßnahmen auf diesem Rechtsgebiet erforderlich geworden ist. Die neuen Aufgaben der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die Erfahrungen mit der neuen Schlichtungsordnung und die Bedeutung der Zivilprozeßnovelle bilden neben den geschäftlichen Angelegenheiten die Hauptverhandlungsgegenstände. Außerdem hält auf der Tagung Professor Dr. Hedemann, Leiter des Instituts für Wirtschaftsrecht in Jena, einen Vortrag über „Das freie Ermessen in der Gerichtsbarkeit".

Nach den bereits vorliegenden Anmeldungen ist ein zahlreicher Besuch der Versammlung von den Mitgliedern der Gewerbegerichte, den Behörden und den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erwarten.

Weitere Auskunft erteilt die Archivverwaltung des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Berlin W. 30, Motzstraße 69.

Aus der Partei.

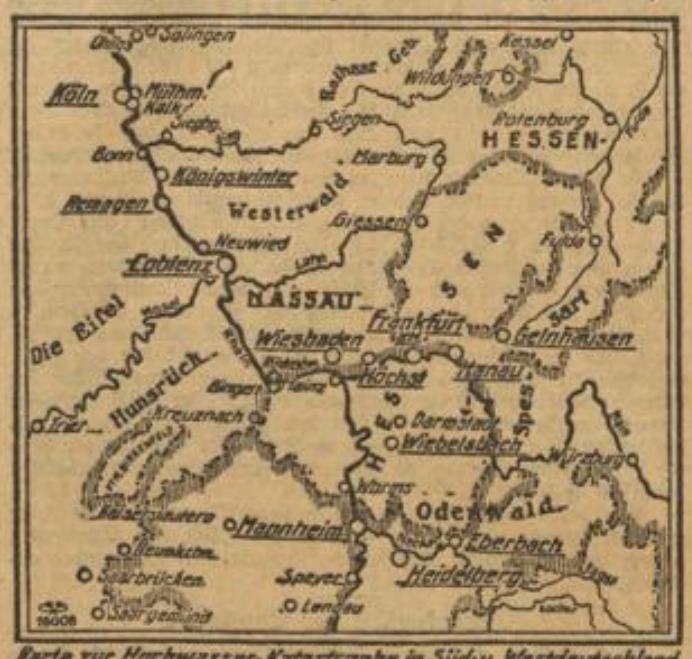
Unsere Kandidaten.

Der Bezirksausschuß des Bezirks Magdeburg-Anhalt beschloß, die Reichstagsliste so bestehen zu lassen, wie sie für den 4. Mai aufgestellt war. Die Liste beginnt wieder mit den Namen Bauer, Silberschmidt, Dittmann, Bender, Bader. Da ein Bezirkstag aus technischen Gründen nicht mehr stattfinden kann, ist der Beschluß des Bezirksausschusses endgültig. Die preußischen Delegierten des Bezirks nahmen alsdann Stellung zur Liste für den Preußischen Landtag. Nach eingehender Debatte wurde auch diese Liste fertiggestellt. Eine am nächsten Sonntag tagende Konferenz der preußischen Gebietsteile wird endgültig darüber beschließen.

Das Hochwasser am Rhein.

Weiteres Steigen. — Stadtteile unter Wasser.

Im Ueberschwemmungsgebiet, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Hochwasserkatastrophe, von der Südwestdeutschland heimgesucht ist, stellt sich als eine der größten Ueberschwemmungen der letzten hundert Jahre dar. Zwar haben die Regengüsse der letzten Tage etwas nachgelassen; aber die Wassermengen, die in den südwestdeutschen Gebirgen, den Quellgebieten von Neckar, Rhein, Main, Mosel, Saar und ihren Nebenflüssen niedergegangen sind, waren so ungeheuer, daß bis jetzt kaum ein Fallen des Hochwassers zu verzeichnen ist. In Köln war der Pegel auf über 8 Meter gestiegen. Infolgedessen gleichen die ganzen Rheinwerften von Köln und Deutz einem See. Sämtliche Hafenanlagen und Lagerräume der Rheinschiffahrt sind überflutet, so daß der gesamte Ladeverkehr eingestellt wurde. Auch die Rhein-Uferbahn konnte ihren Betrieb nicht mehr voll aufrechterhalten. In Bonn sind sämtliche Rheinstraßen überschwemmt. Sehr gefährdet sind die tiefgelegenen Stadtteile von Duisburg, da eine Sperrschleuse infolge des Druckes der Fluten versagt. Die Rheinstromverwaltung hat die Einstellung des gesamten Schiffsverkehrs



Karte zur Hochwasser-Katastrophe in Süd- u. Westdeutschland.

angeordnet. Auch vom Dienstag auf Mittwoch ist der Rhein noch weiter gestiegen. Heute morgen 9 Uhr zeigte der Kölner Pegel den bei der diesmaligen Hochwasserkatastrophe bisher noch nicht erreichten Stillstand von 8,70 Metern. Mit diesem Stand hat der Rhein ungefähr den höchsten Stand der Ueberschwemmungskatastrophe des Jahres 1920 erreicht. In Köln ist das Hochwasser in den tiefer gelegenen Teil der Altstadt weiter vorgedrungen. Der Verkehr wird durch Boote des Hochwasserdienstes notdürftig aufrechterhalten. Von den Nebenflüssen des Rheins und vom Oberrhein wird mitgeteilt, daß das Hochwasser zum Stehen gekommen sei, so daß die Hoffnung vorhanden ist, daß im Laufe des Mittwoch ein langsames Zurückgehen der heraufgehenden Fluten erfolgt.

Koblenz, 5. November. Der Koblenzer Pegel hat bereits 8,24 Meter überschritten. Kähne vermitteln den Verkehr von Haus zu Haus, um den Bewohnern die nötigen Lebensmittel zuzuführen. Die Vororte von Koblenz sind stark überflutet. Das Agenturgebäude der Mosel-Dampfschiffahrtsgesellschaft ist fast bis zum Dach in den Wassermassen verschwunden. Das Kaiser-Denkmal ist vollkommen von Wasser umgeben. Die Mosel hat sich eine neue Mündung geschaffen und fließt unaufhaltsam in starker Strömung in den Rhein. Auch die Agenturhäuser der Köln-Düsseldorfer und Niederländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft sind fast vollkommen unter Wasser gesetzt. An der Rheinwerft haben die Wasser den Weg bereits in die Lagerschuppen gefunden. Die Baumkronen an der Rheinwerft ragen gerade noch aus den Fluten hervor. Die Schiffsbrücke wurde in den gestrigen Morgenstunden für jeden Verkehr gesperrt.

Keine Entgleisung des Frankfurter D-Zuges.

Heute vormittag war in Berlin das Gerücht verbreitet, daß der in Berlin um 8 Uhr 10 Min. fällige Frankfurter D-Zug 21 verunglückt sei. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist lediglich der Kohlentender der Lokomotive des Zuges entgleist. Da außerdem auf der Strecke Pratau—Wittenberg infolge umfangreicher Bauarbeiten der Bahnbetrieb zurzeit nur eingleisig ist, entstand eine mehrstündige Verzögerung. Von einem Unglück kann aber erfreulicherweise keine Rede sein.

Die unsichere Stoppuhr.

Wegen Uebertretung der Geschwindigkeitsvorschriften hatte sich der Kraftwagenführer K. aus Berlin vor dem Weißenseer Amtsgericht zu verantworten. An einem Sommertage dieses Jahres fuhr K. mit einem Kraftwagen von Freienwalde nach Berlin. In Arnsfelde stellte ein Aufsichtsbeamter mit der Stoppuhr fest, daß das Auto eine Geschwindigkeit von über 40 Kilometer in der Stunde hatte. Da für die Berliner Vororte und Landgemeinden eine Höchstgeschwindigkeitsgrenze von 30 Kilometer vorgeschrieben ist, machte der Beamte Anzeige. Vor Gericht bestritt hartnäckig der Angeklagte, daß er schneller als 30 Kilometer gefahren wäre. Das schlechte Pflaster in den Landgemeinden lasse ja ein schnelleres Tempo gar nicht zu. Anderseits schwor aber bei bestem Gewissen der Beamte, daß er auf Grund seiner Stoppuhr eine Geschwindigkeit von mehr als 40 Kilometern festgestellt habe. Er habe sich nicht geirrt. Ein hinzugezogener Sachverständiger, ein Obersekretär von der Hauptverkehrsstelle Berlin, führte zu dieser Frage etwa folgendes aus: Allgemein ist festgestellt worden, daß die Stoppuhren nicht als ein sicheres Instrument gelten können. Die Uhr ist nach einem acht- bis zehnmaligen Gebrauch schon bereits reparaturbedürftig. Zahlreiche Stichproben haben ergeben, daß Stoppuhren nach öfterem Gebrauch verschieden anzeigten. Die kleinste Ungenauigkeit beim Stoppen gibt zu größten Irrtümern und Unannehmlichkeiten Anlaß. Wird nur eine einzige Sekunde zu früh oder zu spät gestoppt, so beträgt der Unterschied immerhin schon 7 bis 8 Meter. Auch bezüglich der Größe der Fahrzeuge sind optische Täuschungen nicht ausgeschlossen. Erfahrungen sprechen dafür, daß man die kleineren Wagen in ihrem Tempo überschätzt. Diese Fahrzeuge lärmen und springen vielmehr als die größeren, die in ihrer Geschwindigkeit oft unterschätzt werden. Bei dem heutigen Stande der Technik ist es tatsächlich unmöglich, mit dem Auge die Geschwindigkeit eines Fahrzeuges in dem Zeitraum von 30 bis 50 Kilometer pro Stunde festzustellen. Früher, wo nur eine 15 Kilometergeschwindigkeit zugelassen wurde, konnte man noch mit dem Auge wahrhaft schätzen. Der Amtsanwalt betonte, daß die Beobachtungsmöglichkeit des Beamten die Hauptfrage sei. Ein kleiner Irrtum des Zeugen in akustischer, optischer oder geistiger Hinsicht verschiebt schon die Wirklichkeit. Das Stoppen vollzieht sich in Sekunden. In der geringen Zeit muß auch noch die Nummer des Wagens festgestellt sein. Der Beamte stand aber ganz allein. Der Amtsanwalt beantragte mangels genügender Sicherheit der Feststellungen Freisprechung. Das Gericht erkannte daher auf Freisprechung des Angeklagten.

Die „Liebe" des Vaters.

Das Eifersuchtsattentat auf die eigene Tochter.

Eine psychologisch ganz ungewöhnliche Totschlagsaffäre, die schreckensvolle Abgründe der Seele hineinleuchtet, gelangte heute vor dem Schwurgericht I zur Aburteilung. Das letzte Wort werden in diesem Prozeß die gerichtlichen Sachverständigen zu sprechen haben.

Schon als minderjähriges Kind war die am 10. März d. J. getötete Elfriede Springer von ihrem Vater, dem Arbeiter Reinhold Springer mißhandelt worden. Jahrelang hatten sich diese Dinge in der kleinen Zweizimmerwohnung unter den Augen der Ehefrau und der beiden erwachsenen Söhne abgespielt, bis es endlich zur Anzeige kam. Wegen Blutschande verurteilt, wanderte Springer ins Zuchthaus. Nachdem er aus dem Zuchthaus entlassen worden war, suchte er den sträflichen Verkehr mit der Tochter fortzusetzen. Jedoch stieß er auf Widerstand bei dem inzwischen reifer gewordenen Mädchen. Zudem hatte sich inzwischen auch ein Liebesverhältnis mit einem älteren Manne angeknüpft und wollte von diesem nicht lassen, obwohl der Vater mit seinen Nachstellungen nicht nachließ, bald bettelte, bald drohte. In einer Eifersuchtsraserei griff Springer eines Morgens zum Beil und schlug der Tochter den Schädel ein. Wie er nachher gestand, war der Anlaß dazu, daß er zwei Tage vorher bei der Tochter das Bild ihres Liebhabers gefunden hatte. Er hatte es damals sofort verbrannt und daraufhin eine heftige Auseinandersetzung mit der Tochter gehabt. Seitdem konnte er von Liebesraserei geplagt nicht mehr schlafen. Morgens früh war er in das Schlafzimmer der Tochter gegangen und hat gesehen, daß diese ihre Handtasche ins Bett genommen hatte. Da vermutete er, daß sie ein neues Bild von ihrem Liebhaber bekommen habe und nun will er seiner Sinne nicht mehr mächtig gewesen sein. So ist es zu der furchtbaren Bluttat gekommen. Der Angeklagte behauptete in der Voruntersuchung, daß er sich nachher das Leben nehmen wollte, von der aus dem Bett gesprungenen Ehefrau aber daran gehindert worden sei, sich das Messer in die Brust zu stoßen. — Auf Antrag des Verteidigers sind mehrere Gerichts- und Irrenärzte geladen worden. Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Schimmack.

Der Angeklagte Springer steht im 59. Lebensjahr. Er ist ein kleiner unansehnlicher Mensch mit ergrautem Vollbart und eingefallenen Gesichtszügen. Die eine Gesichtshälfte ist durch Lupus entstellt. Der Liebhaber der Tochter dagegen, obwohl auch ein älterer Mann, ist eine noch stattliche Erscheinung. Weinend erzählt Springer, daß er in Lissa Bäckermeister gewesen, wo er eine vier Jahre ältere Frau heiratete. Dann ist er nach einigen Jahren in ein Liebesverhältnis mit der Freundin seiner Frau getreten und wurde darauf wegen Ehebruchs geschieden. Mit dieser Frau hat er in Berlin weiter zusammengelebt und nachdem ihm 1899 die getötete Tochter Elfriede und ein Sohn geboren war, hat er sie erst vor 12 Jahren heiraten können. Es ist seine jetzige Ehefrau. Mit Elfriede (d. h. mit seiner Tochter) hatte er mehrere Jahre ein Liebesverhältnis und wurde 1922 wegen Blutschande zu Zuchthaus verurteilt. Am 14. November 1923 kam er frei. Vorsitzender: „Geben Sie zu, Ihre Tochter vorsätzlich getötet zu haben? Angeklagter: Das gebe ich zu. Vorsitzender: Waren Sie betrunken? Angeklagter: Nein. Vorsitzender: Erzählen Sie, wie es gekommen ist. Der Angeklagte beginnt dann seinen Bericht, den wir in nächster Nummer wiedergeben werden.

Schandtat eines polnischen Schnitters.

Auf einem Gute in der Nähe von Zossen fragten vor einigen Tagen mehrere polnische Schnitter bei dem dortigen Leutevorsteher um Arbeit nach. Der Aufseher konnte sie nicht beschäftigen, erlaubte ihnen aber, da es schon spät am Abend war, auf dem Hofe zu übernachten. Diese Gastfreundschaft lohnte einer der Polen dadurch, daß er sich nachts in die Kammer der Tochter des Aufsehers schlich, das Mädchen im Bett überfiel, ihr die Kehle zudrückte und mit der Faust in das Gesicht schlug. Dann vergewaltigte er sie. Am nächsten Morgen in aller Frühe waren die Burschen schon weitergezogen. Der Aufseher fand seine Tochter weinend vor, und sie machte ihm von dem nächtlichen Vorkommnis Mitteilung. Der Vater fuhr sofort nach Berlin und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Es hielt nicht schwer, den polnischen Burschen am Schlesischen Bahnhof zu ermitteln und zu verhaften. Er hatte sich mit seiner Schandtat seinen polnischen Landsleuten gegenüber noch groß getan. Jetzt will er von nichts mehr wissen. Es ist der 21 Jahre alte Landarbeiter Stanislaus Chodowieczki.

Das neue Ortsklassenverzeichnis. Nach einer Verordnung des Reichsfinanzministers wird den Beamten im Reich mit Wirkung vom 1. November d. J. auf Grund eines neuen Ortsklassenverzeichnisses ein anderweitig bemessener Ortszuschlag (Wohnungsgeldzuschuß) gezahlt. Für die preußischen Beamten und Angestellten wird die gleiche Regelung getroffen.

„Die Legende von der hl. Elisabeth". Die Bezirksämter Prenzlauer Berg und Friedrichshain veranstalten gemeinsam am Mittwoch, den 5. November, im Saalbau Friedrichshain eine Aufführung des Chorwerks „Die Legende von der heiligen Elisabeth" von Franz Liszt. Mitwirkende sind der Berliner Volkschor und das Blüthner-Orchester unter Leitung von Dr. Ernst Zander. Solisten: Frau Rose Walter, Sopran; Frau Jolán Heilferich-Kalusch, Mezzosopran; Werner Engel, Bariton; Hermann Schleh, Baß-Bariton. Beginn abends 7½ Uhr. Eintrittskarten a 1 M. sind an der Abendkasse zu haben.

Bei dem Eisenbahnunglück von Liverpool sind bisher die Leichen von 6 Frauen und 7 Männern geborgen worden, einschließlich derjenigen des Lokomotivführers. Die bisher bekannt gewordene Zahl der Getöteten beträgt nach offiziellen Angaben 13 und die der Verletzten 33, darunter befinden sich drei außer Lebensgefahr. Ueber 300 Arbeiter sind seit gestern abend an der Unglücksstelle mit Aufräumungs- und Hilfsarbeiten beschäftigt. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Führer der verunglückten Lokomotive bis zum letzten Augenblick auf seinem Posten gestanden hat.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

18. Kreis Weißensee! Heute Mittwoch abend, 7½ Uhr, Kreisvorstandssitzung bei Starke, Charlottenburger Str. 3.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Achtung! Kameradschaft Prenzlauer Berg! Die für heute abend 7½ Uhr in der Turnhalle Heinrichsdorfer Straße festgesetzte Zusammenkunft findet nicht statt. Die Kameraden haben sich um 6½ Uhr im Restaurant Königsbank, Gr. Frankfurter Straße, zum Saalschutz einzufinden. Der Gauvorstand.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Meist trocken und ziemlich heiter, Nachtfrost. Auch am Tage kühl. — **Deutschland:** Ueberall kaltes, trockenes Wetter. Nur an der östlichen Ostseeküste windig und milder.

Geschäftliche Mitteilungen.

Bewa-Seifenpulver ist ein ganz hervorragendes, die Wäsche schonendes Waschmittel. Merken Sie sich den Namen „Bewa" in Ihrem eigenen Interesse, denn Sie sparen bei dessen Verwendung viel Geld.

Gewerkschaftsbewegung

Lehrlingsausbildung, nicht Ausbeutung.

Entscheidung des preußischen Handelsministers.

Nachdem die Nutznießer der Lehrlinge die Verlängerung der Lehrzeit von drei auf vier Jahre, mit Hinweis auf die durch die Schule entfallende Arbeitszeit, durchgeführt haben, versuchen sie nunmehr die Schule in die Freizeit der Lehrlinge zu verlegen. Der amtliche Pressedienst meldet:

„Aus Anlaß eines Einzelfalles, wobei eine Industrie- und Handelskammer wiederholt die Verlegung des Berufsschulunterrichts außerhalb der Arbeitszeit mit der Begründung gefordert hatte, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage die stärkste Anspannung aller Kräfte notwendig sei und den Betrieben keine unproduktiven Lasten aufgebürdet werden dürften, wobei ferner eine Uebertragung des Unterrichts an nebenamtliche Kräfte außerhalb der Arbeitszeit im Interesse der „Verbilligung des Schulbetriebs" als vorteilhaft bezeichnet wurde, sieht sich der Minister für Handel und Gewerbe veranlaßt, in einem Erlaß seine grundsätzliche Stellung zu diesen Fragen darzulegen. Er erklärt zunächst, daß er diesen Ausführungen nicht zuzustimmen vermöge und begründet dies folgendermaßen:

Die Erfahrung hat gezeigt, daß junge Leute nach Beendigung ihrer regelmäßigen Arbeitszeit im allgemeinen nicht in der Lage sind, dem Unterricht mit Nutzen zu folgen. Die Entwicklung des Berufsschulwesens ist deshalb unter ständiger Mitwirkung von Handwerk, Handel und Industrie dahingegangen, den Unterricht in die Tageszeit zu verlegen, hauptamtliche, zweckmäßig vorgebildete Lehrkräfte für den Unterricht zu gewinnen und eigene Gebäude und Einrichtungen für die Berufsschulen zu schaffen. Gewiß werden dadurch die Kosten höher, aber erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist in größeren Verhältnissen ein fruchtbarer Unterricht möglich, der die Opfer an Zeit und Geld lohnt und die Ausbildung eines leistungsfähigen, hochwertigen Nachwuchses wesentlich fördert.

Es ist sehr erfreulich, daß gerade die Großindustrie immer mehr dazu übergeht, der Ausbildung ihrer Facharbeiter erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und unter erheblichen Aufwendungen vorzüglich eingerichtete Werkschulen zu schaffen. Das gleiche gilt für die Reichseisenbahn, die ein vorbildliches Werkschulwesen entwickelt hat. Die Arbeiten des Deutschen Ausschusses für das Technische Schulwesen und des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen zeigen, daß weitblickende Praktiker zusammen mit Männern der Schule und der Verwaltung für den Ausbau der beruflichen Ausbildung erfolgreich gewirkt haben und noch wirken. Die Anstrengungen, die in neuerer Zeit Amerika, England, Belgien, Italien, Frankreich und andere Länder auf dem Gebiete des Berufs- und Fachschulwesens machen, sind eine Mahnung, daß Deutschland nicht stillstehen darf, sondern zielbewußt weiter arbeiten muß, wenn es seine Wettbewerbsfähigkeit erhalten will.

Der Minister verkennt dabei keineswegs, daß sich aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage besonders große Schwierigkeiten ergeben, die nur überwunden werden können, wenn Unternehmer und Arbeiter ihr Bestes leisten. Aber diese Anspannung darf nicht so weit gehen, daß ein Raubbau an der Volkskraft eintritt und die notwendigen Opfer für die Erziehung des Nachwuchses unterbleiben.

Die schulärztlichen Erhebungen des Volkswohlfahrtsministers haben gezeigt, in wie erschreckendem Maße die Widerstandskraft der Jugend durch die Entbehrungen der Kriegszeit und der Nachkriegszeit geschwächt ist. Auch aus diesem Grunde ist eine Verlegung des Unterrichts in die Abendstunden abzuweisen."

Diese Abweisung durch den preußischen Handelsminister Genossen Siering ist erfreulich. Sie liegt eigentlich im wohlverstandenen Interesse der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie, die auf einen leistungsfähigen Nachwuchs angewiesen ist. Aber was kümmert dies jene Industrie- und Handelskammer? Sie erblickt ihre Aufgabe in der Verfechtung des heiligen Profits, der über Leichen geht. Freilich bei einer deutschnational-volksparteilichen Regierung in Preußen fände sie zweifellos „Entgegenkommen".

Am 7. Dezember müssen wir auch auf diese Unverschämtheit die passende Antwort geben.

Aussperrung im Dynamowerk Siemensstadt.

Wie die Unternehmer die Produktion steigern.

Die Direktion der Siemens u. Halske A.-G. hat heute morgen die gesamte Belegschaft des Dynamowerks ausgesperrt. Der Konflikt entwickelte sich aus einem Streik der Dreher des Werkes, die sich bei einer Neuregelung der Akkordpreise benachteiligt fühlten. Wie wir erfahren, führte die Firma eine Umstellung der Stückpreise von der „Siemens-Mark", die sie als Rechnungsgrundlage während der Inflationszeit eingeführt hatte, auf die inzwischen stabil gebliebene Rentenmark durch. Verhandlungen, die sich daraus ergaben, führten zu keinem Resultat, so daß 230 Dreher am Freitag vergangener Woche die Arbeit niederlegten. Durch den Einspruch des Deutschen Metallarbeiterverbandes gelang es, die bereits für Montag geplante Gesamtaussperrung zu verhindern. Die inzwischen fortgesetzten Verhandlungen scheiterten aber wiederum an dem Starrsinn der Direktion. Die Nachmittagsschicht des Werkes erhielt bereits gestern abend bei Arbeitsschluß ihre Entlassung, während die Frühschicht heute morgen an der Aufnahme der Arbeit gehindert wurde. Durch die rigorose Aussperrung sind etwa 3700 Arbeiter auf die Straße geworfen.

Lohntarif für die Berliner Möbeltischler.

Ueber die letzten Lohnverhandlungen mit den in der „Freien Vereinigung" organisierten Arbeitgebern der Berliner Möbelindustrie berichtete gestern abend Bevollmächtigter Boese vom Holzarbeiterverband in einer Funktionärversammlung der beteiligten Betriebe. Ein früheres Angebot der Unternehmer, das 73 Pf. Lohn bringen sollte, wurde von den Funktionären abgelehnt. In erneut aufgenommenen Verhandlungen erweiterten die Unternehmer ihr Angebot auf 79 Pf. als Akkordbasis. Den Lohnarbeitern, deren Lohn 90 Pf. nicht überschreitet, gestand man eine Erhöhung von 5 Pf. pro Stunde zu. Der Lohn für die Hilfsarbeiter, Fach- und Hilfsarbeiterinnen soll im bisherigen Verhältnis zu den Männerlöhnen bestehen bleiben. Die Vereinbarung soll an dem Tage in Kraft treten, an dem in den bestreikten Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Obwohl die durchgesetzten Lohnerhöhungen bei weitem nicht den Erwartungen und Forderungen der Möbeltischler entsprechen, wurde die Lohnvereinbarung dennoch als der Anfang zum Wiederaufbau einer tariflichen Lohnregelung angesehen und bewertet. Das Verhandlungsergebnis wurde schließlich in geheimer Abstimmung mit einer knappen Mehrheit angenommen. Damit sind für die Berliner Möbeltischlereien die Lohnbedingungen wieder tariflich festgelegt.

Zum Konflikt im Buchdruckgewerbe.

Die Arbeitgeber, die den im Buchdruckgewerbe gefällten Schiedsspruch angenommen hatten, haben beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt. Der Reichsarbeitsminister hat darauf die Parteien zu heute zu nochmaligen Verhandlungen bzw. zur Stellungnahme zu dem Antrag vorgeladen. Wir halten es übrigens für unmöglich, daß der Reichsarbeitsminister den in jeder Beziehung unzulänglichen Schiedsspruch, besonders angesichts der herrschenden Konjunktur, für verbindlich erklärt. Eine derartige Parteinahme würde die Arbeiterschaft als eine direkte Herausforderung betrachten.

Sie beschwindeln sich selbst.

Zu dem Bericht der Gewerkschaftsabteilung der KPD. an den Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg gehen uns fortgesetzt Berichtigungen zu. Man hätte annehmen können, daß der Bericht, der den Zusammenbruch der Kommunisten ziemlich unverhüllt eingesteht, eher etwas pessimistisch abgefaßt ist. In Wirklichkeit liegen die Dinge für die KPD. in den Gewerkschaften noch viel schlimmer als sie es sich selbst eingesteht. Den beiden Berichtigungen, die wir heute morgen veröffentlichten, sei eine weitere nachgetragen. Vom Verband der Gärtner wird uns mitgeteilt, daß die beiden Vorstandsmitglieder, von denen der Bericht der KPD. behauptet, daß sie deren Mitglieder seien, in den Vorstand als Mitglieder der USPD. gewählt wurden und bei der Wiederwahl im Januar d. J. nicht als Vertreter der Opposition gewählt wurden. Die Oppositionsliste blieb völlig in der Minderheit. Im übrigen ist das eine der beiden Mitglieder verstorben. Es ist auch nicht richtig, daß ein Mitglied der KPD. der Gewerkschaftskommission angehört. Der Vertreter des Verbandes der Gärtner in der Gewerkschaftskommission ist Mitglied der SPD. Die Behauptung des Berichts, daß die wichtigsten Branchen sich in den Händen der KPD. befänden, sei lächerlich. Nur in einer einzigen Branche, der der Landschaftsgärtnerei, ist der Vorsitzende Mitglied der KPD. In dieser Branche werde allerdings viel Krakeel gemacht, von einem entscheidenden Einfluß könne jedoch keine Rede sein. Im übrigen habe der Verband der Gärtner nur sehr wenig unter den Quertreibereien der KPD. gelitten.

Wir geben dieser Zuschrift um so lieber Raum, weil sie einen weiteren Beweis dafür liefert, daß in der KPD. das Schwindeln so sehr im Schwung ist, daß sich die Kommunisten sogar selber anschwindeln.

Lohnkonflikt der Töpfer.

In einer Versammlung der Berliner Ofensetzer berichtete Kemnitz über die Lohnverhandlungen. Die Fachgruppenleitung hatte im Auftrage der Mitgliedschaft an die Unternehmer folgende Forderungen eingereicht: Erhöhung des Lohnes ab 1. November auf 1,50 M., Erhöhung der Akkordberechnung auf 150 Proz. des bisherigen Satzes. Als Abgeltung für die Werkzeugentschädigung sollten 5 Proz. des verdienten Lohnes gezahlt werden. Die Mitglieder waren sich darin einig, daß mit Rücksicht auf die bereits gezahlten und angebotenen Löhne im Töpfergewerbe die gestellten Forderungen als berechtigt anzusehen sind.

Zu Verhandlungen mit den Unternehmern ist es nicht gekommen. Man ließ die Verhandlungskommission im Vorzimmer warten, und teilte später nur den ablehnenden Beschluß mit. Die Unternehmer hielten es für unnötig, eine Begründung dafür zu geben. Das machten dieselben Unternehmer, die täglich Gesellen verlangen und jeden Stundenlohn anbieten.

In der Diskussion kam die erregte Stimmung über das Verhalten der Meister den Vertretern der Gesellen gegenüber zum Ausdruck. Von vielen Rednern wurde die sofortige Arbeitsniederlage verlangt. Schließlich wurde beschlossen, den Unternehmern ein Ultimatum zu Verhandlungen bis heute Mittwoch zu stellen. Die heutige Versammlung der Töpfer wird dann weitere Beschlüsse fassen.

Der Kölner Transportarbeiterstreik erfolgreich beendet.

Köln, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik im Kölner Transportgewerbe ist mit einem nahezu vollem Erfolg der Arbeiter beendet worden. Der Rahmentarif, der eine der Hauptursachen des Streiks bildete, konnte zugunsten der Arbeiter abgeändert werden. Auch in der Lohnfrage kamen die Unternehmer nach langen Verhandlungen den Forderungen der Arbeiter entgegen. Die durchschnittliche Lohnzulage beträgt wöchentlich 3,50 M. Die Arbeitsaufnahme ist heute früh erfolgt.

Einigungsversuch im Konflikt bei der Omnibusgesellschaft. Wie wir soeben erfahren, hat der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, die Omnibusgesellschaft wie auch den Verkehrsbund morgen zu Verhandlungen amtlich geladen. Es soll versucht werden, auf diese Weise eine Einigung unter den Parteien zu erreichen.

Wirtschaft

Die Arbeitsleistungen im Baugewerbe.

In der baugewerblichen Fachpresse der Unternehmer findet man neuerdings wieder Klagen über die Arbeitsleistungen im Baugewerbe. Man macht Stimmung für die Verlängerung der Arbeitszeit und die Einführung der Akkordarbeit. Um diese Forderungen begründen zu können, behauptet man, daß die Arbeitsleistung der Bauarbeiter von 1914 bis 1924 bei den einzelnen Arbeitsarten um 13,2 bis zu 25 Proz. zurückgegangen sei. Natürlich holt man zum Beweis auch Zahlen herbei, die angeblich „an überwiegend in Süddeutschland fertiggestellten Bauten" auf Grund von Nachkalkulationen ermittelt worden sein sollen. Danach benötigte man 1914 zur Herstellung von 1 Kubikzentimeter Mauerwerk für durchgehende Wände 51 Zentimeter stark 3,8, im Jahre 1924 aber 4,3 Arbeitsstunden, so daß der Rückgang der Leistungen rund 13 Proz. ausmacht. Bei den übrigen Arbeiten steigt der Leistungsrückgang angeblich bis zu 25 Proz.

Durch wen diese Zahlen ermittelt worden sind, wird nicht gesagt, so daß man sie nicht nachprüfen kann. Man geht aber wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß hinter den Ermittlungen der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe steckt, der sich bekanntlich weniger aus eigener Ueberzeugung als auf Drängen der Industriellen seit langem ebenso lebhaft wie erfolglos für die Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe einsetzt. Inwieweit sind nun die wiedergegebenen Behauptungen richtig?

Tatsache ist, daß bei dem erwähnten Zahlenmaterial die Vorkriegsleistungen entschieden zu hoch eingesetzt sind. Die dort angegebenen Leistungen wurden unseres Wissens kaum irgendwo erreicht und können somit auch keinen Durchschnitt für das ganze Reich abgeben. Tatsache ist allerdings auch, daß die Arbeitsleistung im Baugewerbe bei Beendigung des Krieges gegenüber der Vorkriegszeit stark zurückgegangen war. Das war kein Wunder, weil die Bauarbeiter, nicht anders als die übrige Arbeiterschaft, durch die knappe Ernährung während des Krieges derart ausgemergelt waren, daß sie bei ihrer schweren Arbeit am Ende des Krieges zu den Arbeitsleistungen der Vorkriegszeit einfach körperlich nicht mehr fähig waren. Ferner wirkte der Umstand hemmend auf die Arbeitsleistung der Bauarbeiter, daß trotz Verkürzung der Arbeitszeit von acht Stunden immer noch ein großes Heer von Bauarbeitern arbeitslos war und daß jedem einzelnen bei Beendigung der Arbeit auch persönlich Arbeitslosigkeit drohte. Schließlich soll auch gar nicht bestritten werden, daß es ein großer Teil der Bauarbeiter gründlich satt hatte, wieder wie vor dem Kriege die Geldhecksmaschine für den Profit des privaten Unternehmers zu spielen.

Die Erkenntnis dieser Tatsache hat bekanntlich mit dazu geführt, daß Behörden und Baubeamte die Gründung sozialer Baubetriebe lebhaft begrüßten, weil sie in ihnen ein Mittel sahen, die Arbeiter durch Gewährung der Selbstverwaltung sowie durch die Ausschaltung des privaten Unternehmergewinnes wieder für die Arbeit zu interessieren. Mit welchem Erfolg dies gelungen ist, hat seinerzeit der Regierungsbaumeister E. Schrag, Nürnberg, in der „Deutschen Bauzeitung" (Nr. 12, vom 11. Februar 1920), den deutschen Behörden sehr anschaulich vor Augen geführt, indem er zeigte, wie die auf die Hälfte und weniger als die Hälfte zurückgegangene Arbeitsleistung der bei einem privaten Unternehmer für die Stadt tätigen Bauarbeiter trotz aller sonstigen Bemühungen erst wieder auf dienormale Höhe stieg, als auf seine Anregung ein sozialer Baubetrieb gegründet und ihm die Ausführung der Arbeiten übertragen wurde.

Die sozialen Baubetriebe konnten auch später über die Leistungen ihrer Arbeiter im allgemeinen nicht klagen. Eine Kontrolle, die der Verband sozialer Baubetriebe im Herbst 1923 bei den ihm angeschlossenen Betrieben vornehmen ließ, ergab, daß bei vielen Betrieben die Friedensleistung wieder erreicht und teilweise sogar überschritten war. In einem Teil der Betriebe wurde allerdings die Arbeitsleistung zeitweise durch die bei Fertigstellung der Arbeit drohende Arbeitslosigkeit (und zum Teil vielleicht auch durch kommunistischen Einfluß) etwas beeinträchtigt. Die sozialen Baubetriebe suchen diesem Mißstand dadurch entgegenzuwirken, daß sie bei den Behörden und sonstigen Bauauftraggebern für eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr eintreten und für ihre Arbeiter soweit als möglich selbst für dauernde Arbeit sorgen. Sie sind sich bewußt, daß die mögliche Höchstleistung der Arbeiter im Baugewerbe niemals erreicht werden kann, solange dem Arbeiter als einziger Lohn für eine gesteigerte Leistung seine frühzeitige Entlassung und der Hunger seiner Familie droht.

Auch im privaten Baugewerbe hat sich die Arbeitsleistung in den letzten Jahren zweifellos gebessert. Viele Unternehmer sind ehrlich genug, dies zuzugestehen. Wo die Leistungen auch heute noch hinter den Friedensleistungen zurückbleiben, sollte man daran nicht den Arbeitern die Schuld geben, sondern sie in den, zu einer auskömmlichen Ernährung auch heute noch unzulänglichen Löhnen, der Unsicherheit der Arbeitsdauer und besonders in dem die Arbeiter geradezu provozierenden und ihre Arbeitsfreude erstickenden Verhalten der Unternehmer suchen. Die Tatsache, daß die Unternehmer mancher Orte die Bauarbeiter in diesen Jahren schon drei- oder viermal ausgesperrt oder durch ihre Versuche zur Verlängerung der Arbeitszeit zur Niederlegung der Arbeit gezwungen haben, ist doch gewiß nicht zur Steigerung der Arbeitsfreude und der Arbeitsleistung angetan. Sie zeigt, daß die Unternehmer nicht einmal die volle Ausnutzung der beim Achtstundentag möglichen Arbeitszeit für notwendig halten.

Die deutschen Unternehmer könnten in dieser Beziehung noch viel von ihren amerikanischen Kollegen lernen, was ihnen erfreulicherweise von einem ihrer Standesgenossen, dem Zimmermeister Fritz Kreß, der sich kürzlich auf einer Studienreise in Amerika befand, in amerikanischen Briefen an die Fachpresse sehr deutlich zu Gemüte geführt wird. Kreß weist darauf hin, daß die Maurer in New York heute bei achtstündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von 17 Dollar, die Zimmerer einen solchen von 11 Dollar haben, und daß sogar die Hilfsarbeiter 7 bis 9 Dollar täglich verdienen. Scharf kritisiert er das Verhalten seiner deutschen Kollegen die ihre Arbeiter wegen einer Lohnforderung von wenigen Pfennigen aufs Pflaster werfen und die nicht einsehen können, wie eng eine gute Arbeitsleistung mit einer ausreichenden Bezahlung zusammenhängt.

Im übrigen ist das Gerede der Unternehmer über den angeblichen Leistungsrückgang der Bauarbeiter nicht besonders ernst zu nehmen. Die Unternehmer bleiben damit nur einer alten Uebung treu, die sie schon in der Vorkriegszeit zur Verdeckung ihrer eigenen Sünden bei der Preisgestaltung anwandten. Schon damals wurde fortgesetzt über den angeblich immer größer werdenden Leistungsrückgang der Bauarbeiter gejammert und behauptet, daß das Baugewerbe zugrunde gehen müsse, wenn die Bauarbeiter nicht durch die Einführung der Akkordarbeit zu einer höheren Leistung angetrieben würden. Obwohl die Bauarbeiter die Akkordarbeit damals wegen ihrer Gefahren für die Berufskollegen und ihrer schädlichen Wirkung auf die Güte der Arbeit noch entschiedener als heute ablehnten, sind ihre Arbeitsleistungen in der Vorkriegszeit in demselben Maße gestiegen, wie die Arbeitszeit verkürzt und die Löhne erhöht wurden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
— Fernsprecher: Norden 1198 —
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Karl Wilhelm Stange
geb. 31. 10. 1899, möchte ein Lebenszeichen an seine alte Mutter in Swinemünde geben. Wer über den Verbleib und jetzigen Aufenthalt orientiert ist, wird gebeten, Nachricht zu geben an Frau
Ww. Marie Stange
Swinemünde, Lotsenstraße 37

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

BEWA ist ein konzentriertes, wohlriechendes Waschmittel
frei von Chlor und Sie brauchen weder sonstige Seife noch irgendein anderes Waschmittel. Bei Verwendung von „BEWA"-Seifenfäden sparen Sie also viel Geld, denn es ist sehr ausgiebig. Fordern Sie „BEWA" bei Ihrem Lieferanten und wenn Sie es nicht bekommen, geben wir Ihnen von 3 Paketen an zum Originalpreis à 40 Pfennig unter Vergütung des Fahrgeldes ab.
BEWA-Seifenwerke, Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Str. 2 (Pfalzburg 3896 u. 4074)
Süden: Neue Roßstr. 6 (Mpl. 1726) — Osten: Paul Kuhnert, Cadiner Str. 17 (Alex. 8848) — Nordost: M. Spieker, Tile-Wardenberg-Str. 8 (Moab. 2611)